

Singerman, Diane, 2013: Youth, Gender, and Dignity in the Egyptian Uprising. In: *Journal of Middle Eastern Women's Studies*. 9 [3], 1-27.

Singerman, Diane/**Amar**, Paul, 2009: Contesting Myths, Critiquing Cosmopolitanism, and Creating the New Cairo School of Urban Studies. In: Singerman, Diane/Amar, Paul (Hg.): *Cairo Cosmopolitan*. Cairo, New York, 3-43.

Tadros, Mariz, 2010: Faith-Based Organizations and Service Delivery. Some Gender Conundrums, UNRISD, Gender and Development Programme. Paper No. 11, February.

Tadros, Mariz, 2014: Egypt's Constitutional Referendum: the Untold Story. Internet: <http://www.opendemocracy.net/5050/mariz-tadros/egypts-constitutional-referendum-untold-story> (17.1.2014).

Tilly, Charles/**Tarrow**, Sydney, 2007: *Contentious Politics*. Boulder.

Zeit Online, 14.1.2014. Internet: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-01/aegypten-verfassung-volksabstimmung-referendum> (20.2.2014).

Bewegung unter den Genossinnen: Zur Annäherung zwischen Sozialdemokratinnen und Feministinnen

FABIENNE AMLINGER

Als sich Ende der 1960er Jahre Feministinnen in der Schweiz zur Neuen Frauenbewegung¹ formierten, besaßen Schweizerinnen noch kein Stimm- und Wahlrecht. Als einer der letzten europäischen Staaten gewährte die stets das Selbstbild von der Wiege der Demokratie zelebrierende Schweiz – so die Ironie der Geschichte – dieses ihren Bürgerinnen erst 1971. Dadurch eröffnete sich den außerparlamentarisch aktiven Feministinnen mit großer Verspätung die Möglichkeit, mit politischen Rechten ausgestattet an der institutionalisierten Politik zu partizipieren. Angesichts dieser grundlegenden Erweiterung des politischen Handlungsfeldes drängt sich die Frage auf, ob Feministinnen als Teil der im Zuge der 1968er-Proteste entstandenen Neuen Sozialen Bewegungen, die sich just von der institutionalisierten Politik und den traditionellen Parteien abgrenzten, nun nicht doch Zugang zu diesem Feld suchten. Von den großen Parteien übte einzig die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) eine gewisse Anziehungskraft auf Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung aus. Sie war es, die am frühesten – schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts – die Forderung nach dem Frauenstimmrecht verlauten ließ und am nachdrücklichsten die Anliegen von Frauen verteidigte. Daher fokussiert der folgende Beitrag den Eintritt von Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung in die SPS, genau genommen in deren Frauenorganisation²: Wie verlief die Aufnahme von Bewegungsaktivistinnen in die Partei, die mit ihren hierarchischen Strukturen den Organisationsformen der Neuen Frauenbewegung diametral entgegenstand, deren Genossen sich immer mal wieder als rote Patriarchen (vgl. Frei 1988) entpuppten und in der die Frauenfrage stets als

Nebenwiderspruch behandelt wurde? Vermochten es die Feministinnen, inhaltliche, programmatische und strukturelle Akzente zu setzen? Wurden sie lediglich von der Partei vereinnahmt oder drehten sie dieser gar nach einiger Zeit enttäuscht den Rücken?

Während die sozialwissenschaftliche Forschung zu sozialen Bewegungen ihre Schwerpunkte zumeist auf Organisationsformen, Handlungs- und Mobilisierungsstrategien, kollektive Identitäten sowie auf die Wirkung von sozialen Bewegungen setzt (vgl. z.B. McAdam/Snow 2010; Raschke 1991; Rucht 2007; Snow/Soule/Kriesi 2004), eröffnen sich der Geschichtswissenschaft in diesem Kontext andere Zugänge und Fragestellungen. So konzentrieren sich die eingangs erwähnten Fragen stärker auf Aushandlungsprozesse zwischen den politischen AkteurInnen. Der Artikel strebt eine soziologisch fundierte historische Analyse an und nimmt zu diesem Zweck Pierre Bourdieus Überlegungen zum politischen Feld (Bourdieu 2001) sowie Karl Mannheims Konzeptualisierung der Generationen auf (Mannheim 1964). Solche Zugänge erlauben es der Geschichtswissenschaft, auf einer mikrohistorischen Ebene den Fokus auf die Anknüpfungspunkte und Abgrenzungsmechanismen sowie auf die Aushandlungsprozesse zwischen institutionalisierten politischen Parteien und der Frauenbewegung als Sozialer Bewegung zu richten. Im Unterschied zu beispielsweise dem Ansatz der Political Opportunity Structures³, der auf einer Makro- und teilweise Meso-Ebene angesiedelt ist, wird hier ergebnisoffener vorgegangen, weniger mit kausalen Bezügen gearbeitet und die Mikroebene beleuchtet.

Bourdieu geht in seinem Essay zum „politischen Feld“ (Bourdieu 2001) der Frage nach, wie es gelingt, dass neu ins Feld der Politik eintretende AkteurInnen von den dort bereits Etablierten als ebenbürtig anerkannt und ernst genommen werden. Gemäß Bourdieu ist dies nur möglich, wenn die politischen Neulinge die im Feld vorherrschenden Praxisformen des richtigen Umgangs inkorporieren sowie die dortigen Spielregeln beherrschen. Neue AkteurInnen haben daher beim Eintritt in das politische Feld eine Konversion durchzumachen, in deren Folge sie die vorherrschenden Regeln übernehmen oder aber – so die Alternative Bourdieus – das Feld durch einen Paradigmenwechsel grundsätzlich verändern. Als AkteurInnen definiert Bourdieu indes nur jene, die das Feld auch tatsächlich zu beeinflussen vermögen (ebd., 48ff.). Zugespitzt gilt es in diesem Beitrag also danach zu fragen, ob die neu der SPS beigetretenen Feministinnen überhaupt als politische Akteurinnen im bourdieuschen Sinne zu bezeichnen sind.

Als Grundlage zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen dienen Quellen aus dem Archiv der SPS, die historisch-hermeneutisch⁴, also durch ursächliches Erklären und deutendes Verstehen, analysiert werden. Eine gut überschaubare Menge an Protokollen, Berichten und Dokumentationen zu gemeinsamen Treffen von Feministinnen und Genossinnen, Artikel in parteieigenen und -nahen Presseorganen sowie die Tätigkeitsberichte der SP-Frauen Schweiz – der Dachorganisation sozialdemokratischer Frauengruppen – liefern Aufschluss über die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern.

Nach einer kurzen Einleitung zur Situation der traditionellen und Neuen Frauenbewegung sowie zu deren Verhältnis zu den Regierungsparteien, unmittelbar nach der Einführung des Frauenstimmrechts, fokussiert der Artikel die Annäherungen zwischen den außerparlamentarisch aktiven Feministinnen und den in Frauengruppen organisierten Sozialdemokratinnen. Deren Aufeinandertreffen führte teilweise zu heftigen Auseinandersetzungen, was anhand von zwei Debatten veranschaulicht und anschließend unter Rückgriff auf das Generationenkonzept des Soziologen Karl Mannheim (Mannheim 1964) analysiert wird. Die Konklusion zeichnet schließlich vor dem Hintergrund der bourdieuschen Reflexionen zum politischen Feld nach, von welcher fundamentalen Bedeutung – so die These des Beitrags – die Öffnung der SPS gegenüber Feministinnen und umgekehrt die Annäherung der Aktivistinnen an die SPS für die Partei selber war. Zugleich wird die Reichweite der bourdieuschen Überlegungen reflektiert und nach deren Relevanz für die Bewegungsforschung gefragt.

Ein neuer politischer Handlungsraum dank des Frauenstimm- und -wahlrechts?

Aus der späten Implementierung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen resultierte in der Schweiz ein bemerkenswertes Spezifikum: Nicht nur die traditionelle Frauenbewegung kämpfte für dieses fundamentale demokratische Recht. Auch die Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung mussten sich, anders als in vielen anderen Ländern, noch dafür einsetzen.⁵ Während die ältere Generation der Stimmrechtskämpferinnen mit dem Frauenstimmrecht 1971 eine gut hundertjährige Forderung erfüllt sah und im Anschluss daran in klassische Politikbereiche ein- sowie Parteien beitrug, begegneten die jüngeren Feministinnen den neuen politischen Handlungsräumen mit großer Skepsis oder gar Ablehnung. So gab es im ersten Jahrzehnt, in dem Frauen mit der politischen Mündigkeit ausgestattet waren, zwischen den nun in der Parteipolitik aktiven Stimmrechtlerinnen der traditionellen und den Feministinnen der Neuen Frauenbewegung kaum gemeinsame Berührungspunkte. Ganz im Gegenteil zeichneten sich die beiden Lager durch starke Abgrenzungsbewegungen aus (vgl. Schulz/Schmitter/Kiani 2014).

Bereits vor oder spätestens nach der Implementierung der politischen Gleichberechtigung richteten die regierenden Parteien eigene, parteiinterne Frauenorganisationen ein, die sich aus regionalen und kantonalen Frauengruppen konstituierten und durch eine Dachorganisation auf eidgenössischer Ebene zusammengeschlossen waren. Aufgabe dieser Gruppen war es, Frauen als Parteimitglieder zu gewinnen, sie politisch zu schulen und sogenannte Frauenanliegen zu behandeln. Mit Unterstützung seitens ihrer Parteien konnten diese Frauenorganisationen allerdings kaum rechnen. Vielmehr sahen sich insbesondere bürgerliche Vertreterinnen veranlasst, mögliche Befürchtungen eines weiblichen Alleingangs bei ihren Parteikollegen, die der politischen Beteiligung von Frauen jahrzehntelang argwöhnisch gegenüberstanden,

durch ständige Treuebekundungen gar nicht erst aufkommen zu lassen (Amlinger 2012, 64). Während sich also Anfang der 1970er Jahre die Frauenorganisationen um Anerkennung und Mitsprache innerhalb ihrer Parteien bemühten, rebellierten außerhalb des klassischen Politikfeldes junge Feministinnen gegen die aus ihrer Perspektive verknöcherten, patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, forderten das Recht auf Selbstbestimmung und proklamierten das Private als politisch (vgl. Joris/Witzig 2001, 473ff.).

Annäherungen zwischen Genossinnen und feministischen Aktivistinnen

In den ersten Jahren nach der Einführung des Frauenstimmrechts kam es kaum zu Tuchfühlungen zwischen den Sozialdemokratinnen und den außerparlamentarischen Feministinnen. Zu vital und eigenständig war die Frauenbewegung damals, als dass sie ihre politischen Ziele in die SPS hätte einbringen wollen, deren Strukturen sie als hierarchisch und patriarchal erachtete und folglich grundsätzlich ablehnte (OFRA 1997, 222). Dabei wären der SPS AktivistInnen der linkspolitischen Bewegungen nur zu willkommen gewesen, bemühte sich die Partei doch seit einiger Zeit um deren Inklusion und verstärkte diesen Prozess während der 1980er Jahre zusätzlich (vgl. Degen 2013). Hintergrund dieser Anstrengungen war die Stagnation der traditionellen Arbeiterbewegung, die zu Nachwuchsproblemen und Wahlverlusten der SPS führte. Gleich wie die SPS war auch deren Frauenorganisation auf neue Mitglieder angewiesen, denn ihre Strukturen hatten in den zehn Jahren seit der Einführung des Frauenstimmrechts zwar an neuen Genossinnen gewonnen, doch ließ deren Einfluss in den Führungsorganen der Partei, auf die Programmgestaltung und auf das politische Agenda Setting weiterhin zu wünschen übrig. Davon zeugte das in den 1970er Jahren gezogene Fazit von Marie Boehlen, der langjährigen Präsidentin der SP-Frauen Schweiz: „Wir Frauen sprachen sozusagen in die Leere“ (Lüscher 2009, 91). Um die eigenen Strukturen zu stärken, warben diese deshalb um jüngere und dezidiert feministische Neumitglieder (Arbeitsgruppe Strukturreform 1980). Zaghafte Erfolge waren den Inklusionsbemühungen der Sozialdemokratinnen gegen Ende der 1970er Jahre beschieden, als der Elan der Neuen Frauenbewegung merklich abflaute und einige der Aktivistinnen neue Möglichkeiten des politischen Engagements erwogen (vgl. Schulz/Schmitter/Kiani 2014). Ein erster organisierter Dialog zwischen rund 150 Mitgliedern sozialdemokratischer Frauengruppen und Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung kam 1979 in Bern zustande. Ziel des Treffens war es, sich über Postulate und Anliegen auszutauschen sowie über Kollaborationen nachzudenken. Dabei standen sich unterschiedliche Positionen gegenüber. Während einige außerparlamentarische Feministinnen ihr Misstrauen gegenüber dem erst gerade erwachten Interesse der SPS am Feminismus ausdrückten, fanden andere inhaltliche Anknüpfungspunkte, lehnten jedoch die hierarchische Parteistruktur oder ganz grundsätzlich die parlamentarische Arbeit im Feld der institutionalisierten Politik ab. Etliche Sozialdemokratinnen wiederum plädierten für eine punktuelle Zusam-

menarbeit mit der Frauenbewegung, beispielsweise „im Kampf gegen die Rollenerwartungen, die in die Frauen gesetzt werden“ (Sozialdemokratische Partei der Schweiz 1979, 5). Das Zusammentreffen der verschiedenen Lager umriss deutlich die Grenzen der Annäherung zwischen den unterschiedlichen Positionen. Vor allem ältere Genossinnen fühlten sich von den Feministinnen brüskiert. So bekannte die damalige Präsidentin der SP-Frauen Schweiz, Rita Gassmann, „Mühe“ zu haben

mit jenen Feministinnengruppen, (...) die nur die Sexualität, ihre Parolen gegen die Mutterschaft, als Frauenproblem darstellen. Und ich habe auch Mühe mit ihrer – vielleicht berechtigten – Aggressivität, mit der sie ihre Anliegen vertreten (Gassmann 1979, 14).

Insbesondere das mit „Aggressivität“ umschriebene, selbstbewusste und aufmüpfige Auftreten der jungen Aktivistinnen hielt einige Sozialdemokratinnen von der Identifikation mit dem Feminismus ab. Dennoch, der Austausch von Bern vermochte gegenseitige Vorurteile abzubauen. Exemplarisch dafür, aber auch für die nur partielle Annäherung zwischen den beiden Lagern, stehen die Gedanken einer Sozialdemokratin:

Für mich war eine Feministin eine unzufriedene ‚männermordende‘ Frau, die am liebsten die ganze Gesellschaftsstruktur umgekrempelt und auf’s Podium gestiegen wäre. Bis Bern! Da merkte ich im Gruppengespräch plötzlich, dass wir SP-Frauen seit jeher Feministinnen waren. Allerdings die meisten gemäßigte! (Bretscher 1979, 21).

Differenzen und Abgrenzungsmomente waren also zweifellos noch vorhanden, doch erschienen diese nicht mehr unüberwindbar. Das Treffen schloss mit dem Vorsatz, in Zukunft eine Doppelstrategie zu verfolgen: Innerhalb der Partei sollte unter Einbezug der männlichen Genossen an frauenspezifischen Forderungen gearbeitet und zugleich die Unterstützung und Inspiration der Neuen Frauenbewegung genutzt werden. In der Tat traten Anfang der 1980er Jahre Aktivistinnen aus der Neuen Frauenbewegung der sozialdemokratischen Frauenorganisation bei.

Bewegung unter den Sozialdemokratinnen

Die Feministinnen brachten frischen Schwung, rissen neue politische Debatten an, womit sie eine gewisse Repolitisierung der sozialdemokratischen Frauenstrukturen einleiteten und bald war in den bisweilen etwas eingerosteten lokalen Frauengruppen von „Stricken, Häkeln und Basteln (...) kaum mehr die Rede“ (Büchi 2009, 91). Jedoch führte die Annäherung auch zu vielfältigen Auseinandersetzungen zwischen den alteingesessenen Sozialdemokratinnen und den neu eingetretenen Feministinnen. Zwei Debatten – die Infragestellung einer eigenen Frauenorganisation innerhalb der SPS sowie das Feminismuskapitel im Parteiprogramm – verdeutlichen die unterschiedlichen Politikverständnisse:

Zeitgleich zum Parteieintritt der Feministinnen überarbeiteten die SP-Frauen Schweiz ihr Reglement und überdachten ihre Rolle innerhalb der Partei. In diese Diskussionen mischten sich jüngere Feministinnen ein. Während die Sozialdemokratinnen einzig über Strukturveränderungen ihrer Frauenorganisation nachdachten, hinterfragten Feministinnen hingegen ganz grundsätzlich deren Sinn. Separate Frauenstrukturen, so die Kritikerinnen, liefen Gefahr, von der Partei als alleinzuständig für Gleichstellungsanliegen betrachtet zu werden. Solange also Frauengruppen existierten, kümmere sich die restliche Partei nicht um Frauen- und Gleichstellungspolitik. Eine in der Genfer SP gegründete, gemischtgeschlechtliche „Groupe féministe“ forderte deswegen die Auflösung der parteieigenen Frauenorganisation. Sinnvoller wäre es, die vermeintlichen Frauenthemen in die Gesamtpartei zu integrieren (Feministische Bewegung 1982). Insbesondere ältere Sozialdemokratinnen befürchteten von einer solchen Auflösung jedoch, dass Frauenthemen in der Partei vernachlässigt oder gänzlich verschwinden würden. Entsprechend hielten sie an der Frauenorganisation fest und schlugen im Gegensatz vor, diese zu stärken. Letztlich konnte ein Kompromiss gefunden werden: Während einer Übergangszeit von drei Jahren wurden gemäß Vorschlag der Feministinnen eine feministische Vollversammlung sowie eine gemischtgeschlechtliche Kommission für feministische Politik eingesetzt. Diese neugeschaffenen Instanzen hatten sich mit dem Feminismusbegriff zu beschäftigen sowie der Frage nachzugehen, wie Feminismus verstärkt Eingang in die Partei finden kann (SP-Frauen Schweiz 1980/81). Gleichzeitig wurde an den bestehenden Organisationsformen der SP-Frauen Schweiz festgehalten und deren Strukturen noch ausgebaut. Beispielsweise gehörten alle eidgenössischen Parlamentarierinnen den zentralen Entscheidungsgremien der Frauenorganisation an oder es wurde zwecks effizienteren Arbeitens eine Geschäftsstelle geschaffen (SP-Frauen Schweiz 1981). Wie dieser Konflikt um die Gestaltung der innerparteilichen Frauenorganisation zeigt, prallten unterschiedliche Verständnisse aufeinander. Die Feministinnen setzten den hierarchisch aufgebauten Parteistrukturen, von denen sich die sozialdemokratische Frauenorganisation nicht unterschied, egalitäre Vorstellungen – in Form einer feministischen und basisdemokratischen Vollversammlung – entgegen, die sie aus ihrer Politisierung in den Neuen Sozialen Bewegungen kannten. Vor allem aber beabsichtigten sie, mit der Abschaffung der parteiinternen Frauenorganisation die Gesamtpartei in die Pflicht zu nehmen: Die Frauen- und Gleichstellungspolitik sollte nicht ausschließlich an die Genossinnen delegiert werden, sondern ein Querschnittsthema in der Partei sein. Eine fundamentale Umstrukturierung oder gar die Auflösung der sozialdemokratischen Frauenorganisation erreichten die Feministinnen allerdings nicht. Die Mehrheit der sich in der Überzahl befindenden Sozialdemokratinnen gewährte den feministischen Organisationsvisionen nur bescheidene Zugeständnisse. Trotzdem, die Sozialdemokratinnen öffneten sich gegenüber den neuen Ideen und adaptierten alternative, den Bewegungsstrukturen der Neuen Frauenbewegung angelehnte Organisationsformen, so etwa die genannte feministische Vollversammlung.

Fast gleichzeitig zur Strukturdebatte entflammte eine Kontroverse zwischen den feministischen Neumitgliedern und den Sozialdemokratinnen, als im von ParteivertreterInnen erarbeiteten Entwurf zum neuen Parteiprogramm von 1982 erstmals ein expliziter Bezug zum Feminismus auftauchte. Darin wurden Machtverhältnisse nicht mehr einzig zwischen gesellschaftlichen Klassen identifiziert, sondern auch zwischen den Geschlechtern. Was als Ausdruck eines gestärkten feministischen Bewusstseins der Partei interpretiert werden könnte, las sich folgendermaßen:

Genauso wie der demokratische Sozialismus die Vorherrschaft der Besitzenden über die Besitzlosen abschaffen will, genauso verlangt der Feminismus die Abschaffung der Herrschaft, die seit alters her der Mann über die Frau innehat. Durch diese Erweiterung des Kampfes um mehr Gerechtigkeit auf alle Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens, verleiht der Feminismus dem demokratischen Sozialismus eine zusätzliche Qualität (Sozialdemokratische Partei der Schweiz 1981).

Ganz am sozialistischen Duktus angelehnt, verglich dieses Programmkapitel das Geschlechterverhältnis mit Machtstrukturen zwischen sozialen Klassen. Allerdings billigte es dem Feminismus und dessen Engagement für mehr Gerechtigkeit lediglich eine „zusätzliche Qualität“ zu. Noch deutlich klang in diesem Feminismuskapitel der marxistische Nebenwiderspruch an, wonach die Überwindung des Kapitalismus zugleich das Patriarchat verschwinden lasse. Kaum wurde dieser Passus des SP-Reglements formuliert, formierte sich Widerstand. Wie zuvor bei der Debatte um die Strukturen der sozialdemokratischen Frauenorganisation teilten sich die Meinungen zwischen jüngeren Feministinnen und seit Längerem in Frauenstrukturen aktiven Sozialdemokratinnen. Am vorgesehenen Feminismuskapitel reklamierten die Feministinnen nebst dem „Zusatzcharakter“, dass dieses nicht mit der Parteibasis diskutiert wurde, was die „schönen Worte wie ‚Abschaffung der Herrschaft‘ zum vornherein Lügen straft“ (Ecoffey 1982, 5). Außerdem sei der Begriff Feminismus nicht klar definiert und fungiere folglich einzig als Alibi im Parteiprogramm (Sozialdemokratische Partei Bern-Bethlehem 1982). Für die Vertreterinnen dieses Standpunktes war der Absatz lediglich ein Lippenbekenntnis der Partei, und sie verlangten, diesen nicht ins Programm aufzunehmen. Für die Befürworterinnen des Feminismuskapitels aber kam dessen Verzicht einer Absage an den Gleichberechtigungsanspruch der Partei gleich. Obwohl Sozialdemokratinnen seit Jahrzehnten für Gleichstellungsanliegen gekämpft hätten, fehle nun – so die Kritik der Genossinnen – ausgerechnet im SP-Programm eine Referenz auf den Feminismus (Streck 1982, 5).

Was diese Auseinandersetzung offenbarte, waren die grundsätzlich verschiedenen Strategien der Genossinnen und Bewegungsaktivistinnen, wie der Feminismus in der SPS Fuß fassen sollte. Absicht der Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung war es, alle Gremien und Stufen der Partei mit feministischem Gedankengut zu durchdringen. Solange dies nicht verwirklicht war, deuteten sie Bezeugungen ihrer Partei zum Feminismus, so etwa ein Programmkapitel zur feministischen Positionierung,

als bloßes Lippenbekenntnis. Mit dem Ziel, den Feminismus innerhalb der SPS fest zu verankern, stimmten die älteren Sozialdemokratinnen grundsätzlich überein. Doch vertrauten sie stärker den feministischen Absichtserklärungen der Partei und wollten diese auch festgehalten wissen, so beispielsweise im Parteiprogramm. Schließlich wurde am Parteitag von 1982 die umstrittene Feminismus-Passage aufgrund der angebrachten Kritik verworfen (Haller 1982, 8f.). Während die jüngeren Feministinnen bei der ersten Auseinandersetzung um die Strukturen der sozialdemokratischen Frauenorganisation den Genossinnen nur kleine Eingeständnisse abverlangen konnten, überzeugten sie diese wenig später, als ein Feminismus-Kapitel im neuen SP-Parteiprogramm dem Geschlechterwiderspruch im Vergleich zum Klassenwiderspruch einmal mehr nur sekundäre Bedeutung zu attestieren gedachte. Von den Feministinnen auf diese problematische Gewichtung hingewiesen, erkannten nun auch die Genossinnen, dass die SPS frauen- und gleichstellungspolitischen Themen genauso viel Bedeutung zukommen lassen muss wie ihren restlichen Anliegen. Das Resultat der Debatten rund um das Programmkapitel war ein entscheidender Anfang des sich zunehmend dezidiert feministisch zeigenden Selbstverständnisses der sozialdemokratischen Frauenorganisation und markierte zugleich den Beginn einer wachsenden oppositionellen Haltung der SP-Frauen Schweiz innerhalb ihrer Partei.

Eine Generationenfrage

Die beiden Debatten um die sozialdemokratische Frauenorganisation und um das im Parteiprogramm festgehaltene Feminismusverständnis verdeutlichten die Differenzen zwischen den langjährigen Sozialdemokratinnen und den Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung – Differenzen, die einen Generationenkonflikt widerspiegeln. In seinem klassischen Generationenkonzept spricht der Soziologie Karl Mannheim dann von einer Generationeneinheit, wenn weitgehend verwandte Gehalte das Bewusstsein der einzelnen Individuen erfüllen und gemeinsame, subjektive Orientierungs- und Handlungsmuster innerhalb desselben Generationenzusammenhangs existieren. Letzterer bezeichnet eine weniger konkrete Verbundenheit als die Generationeneinheit, indem dieser lediglich darauf verweist, dass Individuen an denselben historischen Konstellationen und Ereignissen partizipieren, wodurch objektive und subjektive Verbindungen zwischen den daran Teilhabenden geschaffen werden (Mannheim 1964, 534f. und 544). Die Wirksamkeit dieser Generationeneinheit zeigt sich an den Differenzen zwischen den Sozialdemokratinnen und den Aktivistinnen. Politisch vor 1968 sozialisiert und damit einer anderen Generationeneinheit als die Bewegungsaktivistinnen angehörend, kämpften die älteren Sozialdemokratinnen zwar für die politischen Rechte von Frauen. Gewichtiger blieb aber immer der gemeinsame Kampf mit den Parteigenossen gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft. Just aufgrund der nachrangigen Geschlechterfrage formierten sich Feministinnen im Umfeld der 1968er-Bewegung zu eigenen Gruppen und verweigerten die Mitarbeit – in den allermeisten Fällen eher Zuarbeit – in gemischtgeschlechtlichen Politstruk-

turen. Ihr politisches Selbstverständnis sowie die gemeinsamen Orientierungs- und Handlungsmuster lassen sich somit auf die Studierendenbewegung von 1968 und auf die dort von Frauen erfahrenen geschlechtsspezifischen Diskriminierungen zurückführen. Als Teil dieser Sozialen Bewegung waren die Feministinnen von deren Protest- und Organisationsformen geprägt und gestalteten diese mit, stellten dabei aber inhaltlich die Geschlechterfrage ins Zentrum. Beim Eintritt in die SPS Anfang der 1980er Jahre trafen die Bewegungsaktivistinnen auf Frauengruppen, die nicht selten die Überalterung ihrer Mitglieder beklagten. Die vielerorts zwischen 60 und 80 Jahre alten Genossinnen entstammten einer gänzlich anderen Generation politischer Aktivistinnen, „die sich nicht mehr mit politischen/feministischen Problemen herumschlagen wollen“ (Ecoffey 1983). Mit den von Feministinnen aufgebrauchten Themen und mit deren vom Bewegungscharakter gekennzeichneten Organisationsideen, etwa der beschriebenen Vollversammlung, wussten die alteingesessenen Sozialdemokratinnen wenig anzufangen, entsprach all das doch weder ihrer Erfahrungswelt noch ihren Grundideen, wie politische Partizipation zu gestalten ist. Umso bemerkenswerter erscheint daher die grundsätzliche Annäherungsbereitschaft der beiden Lager trotz teilweise heftiger Auseinandersetzungen. Wie eingangs erwähnt, waren Feministinnen und Genossinnen durchaus aufeinander angewiesen. So erhofften sich die Sozialdemokratinnen von der Neuen Frauenbewegung einen Zuwachs an Mitgliedern und politischer Stärke. Für die Bewegungsaktivistinnen wiederum war die SPS die einzige Regierungspartei, in der ihnen aufgrund der ideologischen Ausrichtung ein politisches Engagement möglich schien. Dennoch ist die Annäherung nicht einzig vor dem Hintergrund opportunistischer Überlegungen zu erklären. Sie ist auch Ausdruck einer innerparteilichen Kultur, in der die Gemeinsamkeiten mit Parteineulungen gestärkt und Unterschiede ausgehandelt wurden. Tatsächlich regte sich nach der Inklusion der Bewegungsaktivistinnen in der SPS einiges in Sachen Gleichstellung. Als erste Regierungspartei führte diese 1986 eine Geschlechterquote von einem Drittel auf Wahllisten und in Parteigremien ein. Gleichzeitig verabschiedete die SPS ein Programm zur Realisierung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern und 1992 erhöhte der Parteitag die Geschlechterquote auf 40 Prozent (Sozialdemokratische Frauen der Schweiz 1994). Immer wieder wehrten sich Genossinnen gegen die Vergabe von Alibifunktionen an Frauen oder gegen eine lediglich in schönen Worten existente Gleichstellungspolitik der SPS. Mitunter mussten Niederlagen hingenommen werden, vereinzelt verließen Feministinnen enttäuscht die Partei. Doch insgesamt wurden das feministische Verständnis der sozialdemokratischen Frauenorganisation genauso wie der Einfluss und die Stellung der Genossinnen gestärkt.

Konklusion

Was haben die Feministinnen frauen- und gleichstellungspolitisch innerhalb der sozialdemokratischen Partei effektiv erreichen können? Lösten sie einen *feminist turn*

unter den Genossinnen aus und veränderten sie die Regeln und Normen des politischen Feldes zumindest im Rahmen ihrer Partei, wie es Bourdieu als Kriterium für den Erfolg neuer politischer AkteurInnen anführt? Die anfänglichen Versuche der Feministinnen, die SPS strukturell durch die Abschaffung der Frauenorganisation, programmatisch durch die Erhebung des Geschlechterwiderspruchs als Hauptelement und inhaltlich durch die Thematisierung unterschiedlichster geschlechtsspezifischer Diskriminierungsmechanismen grundsätzlich zu verändern, misslangen – zumindest teilweise. Zu starr und unerschütterlich waren die Strukturen, Normen und Regeln der Partei. Es wäre indes falsch zu behaupten, dass die feministischen Stimmen innerhalb der SPS gänzlich scheiterten und diese unter Rückgriff auf Bourdieus Konzeption von politischen AkteurInnen folglich nicht als solche zu erachten sind. Allem voran für das feministische Selbstverständnis der sozialdemokratischen Frauengruppen waren die beigetretenen Feministinnen sehr wohl von zentraler Bedeutung.

Diese Gleichzeitigkeit von Scheitern und Erfolg der feministischen Bewegung innerhalb der SPS zeigt die Grenzen des hier angewandten Konzepts von Bourdieu. Das bourdieusche Verständnis, wonach neu ins Feld der Politik eintretende AkteurInnen nur dann als solche zu bezeichnen sind, wenn sie entweder die im Feld vorherrschenden Normen und Regeln inkorporieren oder aber das Feld selber durch einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel verändern, ist zu unflexibel. Als Alternative zu seinem Oppositionspaar Adaption versus Paradigmenwechsel wäre etwa eine langsame und stetige Transformation der Regeln und Normen denkbar. Zwar sind Bourdieus Überlegungen erhellend und gewinnbringend, leiten sie doch den Untersuchungsfokus auf die Spielregeln des politischen Feldes. Damit wird der Blick geschärft sowohl auf die Herausforderungen, die diesen Normen und Regeln durch Neulinge erwachsen können, wie auch auf die Anpassungsleistungen oder eben auf die Opposition durch die neuen politischen AkteurInnen. Für künftige und weitergehende Untersuchungen müsste das Konzept von Bourdieu allerdings ausdifferenziert werden. Gerade beim Aufeinandertreffen von Sozialen Bewegungen und institutionalisierter Politik könnte sich eine Verbindung mit Fragen und Konzepten der Sozialen Bewegungsforschung fruchtbar erweisen.

Genau dieses Aufeinandertreffen der Neuen Frauenbewegung mit der SPS als Teil des institutionalisierten Feldes der Politik zeigt, wie – hier mit Fokus auf die Partei – längerfristiger Wandel von Regeln und Normen eingeleitet wurde. Unter dem Einfluss der jüngeren Feministinnen entwickelte die sozialdemokratische Frauenorganisation im Laufe der 1980er Jahre nämlich zunehmend ein parteiinternes Oppositionsverständnis. Denn der feministische Impuls, der von Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung zu den Sozialdemokratinnen getragen wurde, traf dort auf die jahrelangen Ungleichheitserfahrungen der Genossinnen innerhalb ihrer eigenen Partei. Unterstützt vom kämpferischen Habitus der Feministinnen kehrten diese von der Strategie des Geduldig-Seins ab und begehrten nun verstärkt gegenüber der SPS auf. Ein solch selbstbewusstes und forderndes Auftreten war den Sozialdemokratinnen

nur möglich – und das ist ein bedeutender Unterschied zu den bürgerlichen Parteifrauen – weil sie sich auf die Neue Frauenbewegung beriefen und mit Rückgriff auf feministische Theorien den Geschlechterwiderspruch nicht länger als Nebenwiderspruch erachteten. Zugleich nahm aber auch die SPS den feministischen Impetus auf und wusste geschickt, sich als frauenpolitische Instanz zu inszenieren. Durch die Inklusion von Teilen der Neuen Frauenbewegung profitierten also sowohl die Partei wie auch die Sozialdemokratinnen: Denn die Feministinnen bewegten nicht nur die Genossinnen, sondern auch die sozialdemokratische Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Anmerkungen

- 1 Feminismus und Frauenbewegung sind sehr vielschichtige Phänomene, die Individuen, Gruppen, Ideen und Handlungen integrieren, denen gemein ist, gegen die Privilegien von Männern und für die Emanzipation von Frauen einzutreten. Die Neue Frauenbewegung fasst im schweizerischen Kontext jene Gruppierungen zusammen, die im Zuge von „1968“ entstanden und sich von den etablierten Frauenverbänden sowie oftmals von den politischen Parteien abgrenzten. Dennoch, so Schulz, Schmitter und Kiani (2014), war es der Neuen Frauenbewegung schon früh bewusst, dass sie aufgrund des direktdemokratischen Systems der Schweiz (Initiative, Petition, Referendum) mitunter auf die Unterstützung politischer Parteien angewiesen sein würde.
- 2 Wenn in diesem Artikel von der Frauenorganisation der SPS die Rede ist, wird damit deren übergeordneter Zusammenschluss von parteieigenen, regionalen und kantonalen Frauengruppen zu einer Dachorganisation auf eidgenössischer Parteiebene gemeint.
- 3 Der Ansatz beschäftigt sich mit den politischen Kontextbedingungen von sozialen Bewegungen (vgl. McAdam/Snow 2010).
- 4 Hermeneutische Forschung geht davon aus, dass sich die Sinnbestimmtheit vergangenen menschlichen Handelns und das Selbstverständnis der AkteurInnen durch die Rekonstruktion des Kontextes aus den Quellen verstehen und erklären lassen. Folglich sind den Quellen auch die für die historischen Erkenntnisse maßgebenden Deutungsmuster zu entnehmen (vgl. Rüsen/Jaeger 1997, 18). Im Unterschied zu anderen hermeneutischen Methoden befasst sich die historische Hermeneutik mit Texten, die von Vergangenen Zeugnis ablegen. Daher müssen diese Texte in ihren historischen Kontext eingebettet und auf Informationen hin gelesen werden, die über das Geschriebene hinausgehen (vgl. Goertz 1995).
- 5 Die politische Gleichberechtigung war indes nicht das vordergründige Anliegen der Neuen Frauenbewegung. Wie im übrigen westeuropäischen und US-amerikanischen Kontext thematisierten auch die Feministinnen in der Schweiz primär die alltägliche Unterdrückung der Frauen. Während die traditionelle Frauenbewegung sich vorwiegend für die Gleichstellung der Geschlechter in der Politik sowie für die Bildung von Frauen und Mädchen einsetzte, ging die Neue Frauenbewegung weiter und prangerte die vielfältigen Formen von Frauendiskriminierung in der Gesellschaft an. Zentrale Bedeutung erwuchs dabei dem Geschlechterverhältnis sowie den bislang als Privatsache abgeschobenen Fragen wie Sexualität, Schwangerschaftsabbruch oder häusliche Gewalt (vgl. Broda/Joris/Müller 1998, 214f.).

Quellen

Arbeitsgruppe „Strukturreform“ der SP-Frauen Schweiz, 1980: Schlussbericht. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar.1.117.6.

Bretscher, Luise, 1979: Feminismus in der SP. In: Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): Feminismus in der SP...: Dokumentation einer Arbeitstagung der SP-Frauen Schweiz in Bern. Bern, 21.

Ecoffey, Eva, 6.6.1983: Notiz von Eva Ecoffey zur Nachfolge von Heidi Schwarz in der ZFK. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar.1.117.5.

Ecoffey, Eva, 1982: Frauenpolitik und Feminismus am Parteitag von Lugano. Profil/Rote Revue. 12, 5f.

Feministische Bewegung, 1.9.1982: Kurzinformation zur „feministischen Bewegung“ in der SPS. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar.1.117.5.

Gassmann, Rita, 1979: Zur Mitarbeit in den gegebenen Strukturen braucht es mehr Mut.... In: Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): Feminismus in der SP...: Dokumentation einer Arbeitstagung der SP-Frauen Schweiz in Bern. Bern, 14-17.

Haller, Gret, 1982: Lugano hat eine Chance eröffnet! In: Profil/Rote Revue. 12, 8-9.

Sozialdemokratische Frauen der Schweiz, 1994: Frauen in Bewegung. Bern, Sozialarchiv, Ar. 1.117.9.

Sozialdemokratische Partei Bern-Bethlehem, 13.9.1982: Eingabe der Sozialdemokratischen Partei Bern-Bethlehem zum Programmentwurf 1982. Bern, Sozialarchiv, Ar. 1.117.5.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz, 1981: Auszug aus dem SPS-Reglement. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar. 1.117.5.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.), 1979: Feminismus in der SP...: Dokumentation einer Arbeitstagung der SP-Frauen Schweiz in Bern. Bern.

SP-Frauen Schweiz, 1981: Reglement der Sozialdemokratischen Frauen Schweiz. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar.1.117.5.

SP-Frauen Schweiz, 1980/81: Die SP-Frauen in den Jahren 1980/81 – Tätigkeitsbericht. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar.1.117.5.

Streck, Marlies, 1982: Der Auszug der Frauen aus dem SP-Programm. In: Tagesanzeiger, 13.12.1982, 5.

Literatur

Amlinger, Fabienne, 2012: „Pechschwarzes Patriarchat im Berner Bundeshaus“. Der Brunner-Skandal als Schweizer Politstück in zwei Akten. In: Ariadne – Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte. Heft 62, 58-65.

Bourdieu, Pierre, 2001: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz.

Broda, May B./**Joris**, Elisabeth/**Müller**, Regina, 1998: Die alte und die neue Frauenbewegung. In: König, Mario (Hg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Zürich, 201-226.

Büchi, Eva, 2009: Vorkämpferinnen. 101 Jahre SP-Frauengruppe Arbon. Arbon.

Degen, Bernhard, 2013: Sozialdemokratische Partei (SP). In: Historisches Lexikon der Schweiz, HLS. Internet: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17393.php> [9.8.2013].

Frei, Annette, 1987: Rote Patriarchen. Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation in der Schweiz um 1900. Zürich.

- Goertz**, Hans-Jürgen, 1995: Historische Hermeneutik – Verstehen. In: Goertz, Hans-Jürgen (Hg.): Umgang mit Geschichte. Eine Einführung in die Geschichtstheorie. Reinbek, 105-117.
- Joris**, Elisabeth/**Witzig**, Heidi, 2001: Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz. Zürich.
- Lüscher**, Liselotte, 2009: Eine Frau macht Politik. Marie Boehlen, 1911-1999. Zürich.
- Mannheim**, Karl, 1964: Das Problem der Generationen. In: Wolff, Kurt H. (Hg.): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Berlin, Neuwied, 509-565.
- McAdam**, Doug/**Snow**, David A. (Hg.), 2010: Readings on Social Movements: Origins, Dynamics and Outcomes. New York.
- OFRA Basel** (Hg.), 1997: Frauen machen Geschichte. 20 Jahre OFRA Basel – ein Rückblick in die Zukunft. Bern.
- Raschke**, Joachim, 1991: Zum Begriff der sozialen Bewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, 31-39.
- Rucht**, Dieter, 2007: Engagement in sozialen Bewegungen. Voraussetzungen, Formen, Wirkungen. In: Kolb, Felix/Bewegungsstiftung (Hg.): Damit sich was bewegt. Wie soziale Bewegungen und Protest Gesellschaft verändern. Hamburg, 13-44.
- Rüsen**, Jörn/**Jaeger**, Friedrich, 1997: Historische Methode. In: van Dülmen, Richard (Hg.): Fischer Lexikon Geschichte. Frankfurt/M., 13-32.
- Schulz**, Kristina/**Schmitter**, Leena/**Kiani**, Sarah, 2014: Frauen in Bewegung: Die Schweiz nach 1968. Analysen, Dokumente, Archive, Bibliographie. Baden (i.E.).
- Snow**, David A./**Soule**, Sarah A./**Kriesi**, Hanspeter (Hg.), 2004: The Blackwell Companion to Social Movements. Malden.

Frauenbewegung und transnationale „Projektwirtschaft“ in der Türkei

CORINNA ELEONORE TROGISCH

Einleitung¹

Im Jahr 2013 zeigte der Gezi-Widerstand eindrucksvoll, wie verschiedenste, sonst voneinander entfremdete Segmente der Gesellschaft der Türkei gemeinsam auf die Straße gehen und die politische Atmosphäre nachhaltig verändern können. Gezi verdeutlichte auch die Relevanz transnationaler Dynamiken. Gerade die Länder der Europäischen Union (EU) bilden einen relevanten Bezugsrahmen für Bewegungen innerhalb der Türkei: Nicht anerkannte Gruppen wie etwa die AlevitInnen (Özyürek 2009; Massicard 2013) stützen sich auf deren politische Rahmenbedingungen; manche exilierte Oppositionelle führen dort ihre Aktivität weiter², die politischen Systeme der EU werden der Türkei beispielhaft gegenübergestellt.